

Kunst und Kultur vor Ausverkauf schützen

Verlust von NRW-Kulturgütern droht

Der landeseigene Casino-Betreiber „WestSpiel“ plant den Verkauf zweier Werke des Künstlers Andy Warhol. Mit dem Erlös sollen Verluste der landeseigenen Casinos ausgeglichen sowie eine neue Spielbank in Köln finanziert werden. Weitere bedeutende Kunstwerke wurden durch unprofessionellen und sorglosen Umgang beschädigt oder sogar zerstört.

Der Verkauf wurde von mehreren Mitgliedern der Landesregierung im Vorfeld absegnen. Es wurde dabei versucht, die Veräußerung der Kunstwerke, die sich im Grundsatz im Besitz der Öffentlichkeit befinden, im Verborgenen und an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei zu vollziehen.

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen Reiner Priggen bekennt sich darüber hinaus offensiv zum Verkauf von Kunstwerken aus öffentlichem Eigentum. Das zeigt den geringen Stellenwert, den Kunst und Kultur für diese Landesregierung hat. SPD und Grüne wollen den Ausverkauf bedeutender Kulturgüter in NRW fortsetzen und nehmen damit in Kauf, die kulturelle Vielfalt und das kulturelle Erbe des Landes nachhaltig zu beschädigen.



FDP: Kunstwerke müssen zugänglich sein

Die FDP fordert von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, den überstürzten Verkauf zu verhindern. Außerdem benötigen wir Mechanismen, die einen heimlichen Ausverkauf von Kunst und Kultur unterbinden. Die FDP-Landtagsfraktion ist der Auffassung, dass durch öffentliche Einrichtungen beschaffte Kunst den Bürgerinnen und Bürgern gehört und diesen auch zugänglich sein muss. Das müssen Institutionen und Unternehmen des Landes grundsätzlich ermöglichen. Gleichzeitig müssen sie garantieren, dass ein sorgsamer Umgang und eine geeignete Aufbewahrung der Kunstwerke sichergestellt ist.

Auch muss ein Ausverkauf öffentlicher Kunst aus rein finanziellen Motiven ausgeschlossen werden. Deshalb benötigen wir eine höhere Transparenz sowie eine stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit und von Kunstexperten bei geplanten Veräußerungen.

- Kunstwerke im Besitz öffentlicher Einrichtungen des Landes und landeseigener Unternehmen sind keine finanziellen Rücklagen der Landesregierung.

- NRW braucht ein Kunstregister bei der Kunstsammlung NRW, damit ein Überblick über Kunstwerke im Besitz von öffentlichen Einrichtungen und landeseigenen Unternehmen vorhanden ist.

- Bei geplanten Veräußerungen müssen zunächst Kunstexperten der Kunstsammlung NRW zu Rate gezogen sowie der Kulturausschuss des Landtages beteiligt werden.

Diese Grundsätze müssen zum Schutz des kulturellen Erbes und der kulturellen Vielfalt in Nordrhein-Westfalen eingehalten werden. Deshalb hat die FDP-Fraktion einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht.

- FDP-Antrag: Kunstwerke in öffentlichem Eigentum vor Ausverkauf schützen

- Pressemitteilung von Christian Lindner und Ingola Schmitz vom 28. Oktober 2014

- Pressemitteilung von Ingola Schmitz vom 15. Oktober 2014

Meinungen und Kommentare aus der Presse

„Die geplante Versteigerung steht in schroffem Gegensatz zu internationalen Konventionen. (...) Eine solche Vorgehensweise der öffentlichen Hand ist in Deutschland bisher einzigartig - im negativen Sinne.“ **Offener Brief der Direktorinnen und Direktoren der Kunstmuseen in Nordrhein-Westfalen**

- Neue Westfälische vom 27. Oktober 2014

„Das Land Nordrhein-Westfalen steht in einer besonderen Verantwortung und müsste Vorbild sein.“ **Isabel Pfeiffer-Poensgen, Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder**

- Interview mit Isabel Pfeiffer-Poensgen in der FAZ am 15. Oktober 2014

„Es geht ums Prinzip des Umgangs mit unwiederbringlichem Kulturgut. Und das geht jeden Bürger und Steuerzahler an - egal, ob ihm Warhols Werk gefällt oder nicht.“

- FAZ vom 28. Oktober 2014

„Die Kunstwerke sind im Besitz der Bürgerinnen und Bürger.“ **Eckart Köhne, Präsident des Deutschen Museumsbundes**

- Deutsche Welle am 5. November 2014

Kulturrat warnt vor Dambruch

Der Deutsche Kulturrat warnt angesichts der geplanten Versteigerung von Andy-Warhol-Kunstwerken durch ein landeseigenes Unternehmen in NRW vor einem Dambruch und fordert ein Einschreiten der Bundesregierung: „Kulturstaatsministerin Monika Grütters sollte sich dringend dieses Falls annehmen und den Verantwortlichen in NRW auf die Finger klopfen.“

Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates

- Presseerklärung des Deutschen Kulturrates vom 16. Oktober 2014